

Tagespolitik

Kinder kriegen¹

Zur aktuellen Debatte um Menschen ohne Kinder

Lena Correll

Deutschland hat eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt. Und es kommt „noch schlimmer“: Dass dies so ist, entspricht den Wünschen der Bevölkerung, wie die aktuelle BiB-Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zeigt. Denn die Deutschen *wollen* auch immer weniger Kinder bekommen. In der Altersgruppe von 20 bis 39 Jahren möchten Frauen im Durchschnitt 1,74 und Männer 1,57 Kinder haben; 14,6% der Frauen und 26,3% der Männer wollen gar keine Kinder (BiB 2005, 36f.).

Bundesinnenminister Schily bezeichnet diese Wandlungstendenzen als beunruhigend und erklärt dazu:

„Eine Absage an Kinder ist eine Absage an das Leben. Wir müssen in Deutschland den Wert von Kindern, von Familien (...) im öffentlichen Bewusstsein stärken. Ohne eine solche offensive Wertedebatte laufen wir Gefahr, dass sich lebensfeindliche, zukunftsverneinende und egoistische Tendenzen in unserer Gesellschaft verstärken“ (BMI, Pressemitteilung 02.05.2005).

So wird in der politischen Öffentlichkeit der kinderlose² Lebensentwurf abgewertet, und die Spaltung zwischen Eltern und Menschen ohne Kinder wird mit polarisierenden Zuschreibungen vorangetrieben, wie beispielsweise: „Kritisch gesehen wird in der Öffentlichkeit inzwischen die soziale Besserstellung Kinderloser“ (BiB-Studie 2005, 6).

Wie eine quantitative Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) von 2004 zeigt, halten jedoch nur 8% der Menschen ohne Kinder den „Vorwurf für gerechtfertigt, dass Kinderlose der Gesellschaft etwas schuldig bleiben“ (IfD 2004, 88). Die Studie, die Kinderwünsche von Eltern und Menschen ohne Kindern, Motive für und gegen Kinder, das Spannungsfeld von Familie und Beruf sowie Partnerschaft als Einflussfaktor untersucht³, kommt zu dem Schluss, dass es insgesamt zweifelhaft ist,

„ob Appelle an die staatsbürgerliche Verantwortung sonderlich geeignet sind, Kinderlose oder Ein-Kind-Familien zugunsten von Kindern beziehungsweise mehr Kindern zu beeinflussen. Die wichtigsten Einflussfaktoren sind die, die unmittelbar mit der Lebenssituation der jungen Generation zu tun haben und mit der Aura von Kindern und dem Ansehen von Elternschaft in der Gesellschaft“ (IfD 2004, 92).

Ein wichtiger Faktor ist das enge Zeitfenster, das von der Mehrheit der Befragten für eine Elternschaft in Betracht gezogen wird: „Erst um das 30. Lebensjahr herum wird die Vorstellung, für die Elternschaft zu jung zu sein, zu einem Minderheitenphäno-

men“ (IfD 2004, 14). Dem entspricht, dass das mittlere Alter von Frauen bei der Erstgeburt inzwischen bei 29 Jahren liegt (Statistisches Bundesamt 2004). Wie in der Presse ausführlich berichtet wurde, gilt dies verstärkt für hoch qualifizierte Frauen, von denen Prognosen zufolge circa 40% zeitlebens keine Kinder bekommen werden.⁴ In diesem Zusammenhang machen Wirth und Dümmler (2004) jedoch darauf aufmerksam, dass die Tendenz zu später Mutterschaft bisher vielfach nicht berücksichtigt wird und diese Prognosen wahrscheinlich nach unten korrigiert werden müssen (vgl. auch Schmitt/Winkelmann 2005).

Neben dem engen Zeitfenster wird in neueren Studien auch die steigende Instabilität von Partnerschaften mit der geringen Geburtenzahl in Verbindung gebracht (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005). Denn wie die Allensbach-Studie angibt, ist eine stabile Partnerschaft für 84% der Befragten eine zentrale Voraussetzung dafür, Kinder zu bekommen (IfD 2004, 24).

Als ein weiterer zentraler Einflussfaktor wird die „Entfremdung von Kindern“ ausgemacht (IfD 2004, 82). Damit gemeint ist, dass immer mehr Menschen immer weniger regelmäßigen Kontakt mit Kindern haben. Dies führe dazu, dass die Gratifikationen der Elternschaft weniger gesehen werden.

„Entsprechend liegt es nahe darüber nachzudenken, wieweit die Kontakte zwischen Eltern und Kinderlosen gefördert werden könnten, aber auch, ob in einer Gesellschaft, die teilweise von Kindern entfremdet ist, Kampagnen für das Kind notwendig sind“ (IfD 2004, 83).

Auffällig an der Allensbach-Studie ist, dass zwar erwähnt wird, dass eine intensive Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten, die Geburtenrate zu steigern, in Deutschland lange Zeit „verpönt“ war, historische Gründe dafür aber nicht benannt werden. Dass Familien- und Bevölkerungspolitik nicht nur historisch, sondern auch aktuell ein politisch höchst sensibles Thema ist, zeigt sich auch daran, dass seit Monaten auf der Internetseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf das Gutachten „Perspektive für eine nachhaltige Familienpolitik“ von Prof. Eckart Bomsdorf (Universität Köln) verwiesen wird, welches man jedoch vergeblich sucht. Am Telefon verweist Prof. Bomsdorf mich an einen Ministerialangestellten, der erklärt: Das Gutachten könne aus politischen Gründen derzeit nicht veröffentlicht werden. In der zugänglichen Kurzfassung werden nur Ergebnisse zu Berechnungen über die notwendige Fertilitätsrate dargestellt, auf die ich im Folgenden noch näher eingehe. Der andere Teil des Gutachtens, der derzeit nicht veröffentlicht werden soll, beschäftigt sich – so erfahre ich von Herrn Prof. Bomsdorf – mit Berechnungen zu einer notwendigen Verschiebung des Rentenalters nach hinten.

Das zentrale Ergebnis der Kurzfassung des Gutachtens ist ein Hoffnungsschimmer für die Regierungspolitik, denn Bomsdorf belegt in seinen Berechnungen, dass statt der bisher als notwendig erachteten Fertilitätsrate von durchschnittlich 2,1 Kindern je Frau eine Rate von 1,7 ausreicht, um eine konstante Bevölkerung zu sichern. Dies entspräche in etwa den in der BiB-Studie ermittelten Kinderwunschwerten. Das Errei-

chen dieser neuen Zielmarke wird als realistisch eingeschätzt, weil viele Menschen ihren Kinderwunsch bisher nur aufgrund „fehlender guter Rahmenbedingungen im sozialen Umfeld“ (www.bmfsfj.de) nicht realisieren können. Als zentrale Maßnahmen nachhaltiger Familienpolitik werden dabei vorgeschlagen: Ausbau der Kinderbetreuung, Lokale Bündnisse für Familie, Allianz für Familie, Balance von Familie und Beruf, Familienfreundliche Unternehmenskultur und Finanzielle Förderung (vgl. BMFSFJ, 3). Da das Gutachten nicht einsehbar ist, kann aber weder nachverfolgt werden, wie diese neue Zielmarke errechnet wurde, noch was konkret unter den Stichworten zur nachhaltigen Familienpolitik zu verstehen ist.

Auffällig ist, dass die Frau nach wie vor im Zentrum des Interesses der Diskurse zur Demographie steht (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005).⁵ Dies erstaunt insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass nicht nur deutlich mehr Männer (26,3%) als Frauen (14,6%) überhaupt keine Kinder wollen, sondern Männer auch weniger Kinder wollen als Frauen (vgl. BiB 2005, 36f.). Die Allensbach-Studie, die BiB-Studie wie auch die Materialien des BMFSFJ zeichnen sich jedoch durch eine geschlechtsneutrale Rhetorik (Eltern, Familie, junge Menschen etc.) aus. Dies bedeutet, dass in den Ergebnispräsentationen, die dann z.B. in die Gruppen der Eltern und der Nicht-Eltern unterscheiden, oftmals nicht nachvollzogen werden kann, inwieweit Geschlechterunterschiede vorliegen. Geschlechterpolitische Maßnahmen, wie etwa einen Teil der Elternzeit nur für Männer vorzubehalten (siehe Schweden), werden nicht thematisiert. Damit bleibt auch die traditionelle geschlechtsspezifische Zuschreibung für Reproduktion und Reproduktionsarbeit unangetastet.

Der nicht veröffentlichte Teil des Gutachtens des BMFSFJ macht eine weitere Schräglage in den aktuellen Diskussionen deutlich, nämlich dass zur Zeit nur sehr eingeschränkt darüber nachgedacht wird, wie mit den „fehlenden Geburten“ der letzten 30 Jahre umgegangen werden soll, die sie sich nicht mehr über eine höhere Geburtenrate „nachholen“ lassen. Dabei gibt es nicht nur Berührungspunkte mit dem Thema Erhöhung des Rentenalters, sondern auch mit dem Thema Migration (vgl. Bomsdorf/Babel 2005). Dies ist wenig erstaunlich, wenn man bedenkt, dass laut BiB-Studie das demographische Argument, dass die Einwanderung zunehmen müsse, weil die Zahl der Deutschen immer weniger wird, sehr wenig Akzeptanz findet (nur 16,9% Zustimmung, vgl. BiB 2005, 55).

Es lässt sich abschließend festhalten, dass ein Lebensentwurf ohne eigene Kinder als ein *kinderloser*-Entwurf – ein Entwurf, dem etwas fehlt – konstruiert wird und das nach wie vor Frauen explizit oder implizit die Verantwortung für die Reproduktion zugeschrieben wird. Daher bedarf es einer offenen politischen und wissenschaftlichen Debatte darüber, welche Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden sollen, die Migration und Geschlechterkonstruktionen systematisch miteinbeziehen und einen Lebensentwurf ohne Kinder anerkennen.

Anmerkungen

- 1 Titel der aktuellen Plakat-Kampagne der Bundesregierung (KINDER KRIEGEN mehr Betreuung etc.) (vgl. www.bmfsfj.de).
- 2 Der Begriff Kinderlosigkeit beinhaltet bereits eine Zuschreibung: So haben sich beispielsweise in den USA „Kinderlose“ in einer Interessensorganisation zusammengeschlossen, die sich *childfree* und nicht *childless* nennt, also *kinderfrei* und nicht *kinderlos*, um zu verdeutlichen, dass sie sich von dem gängigen Begriff distanzieren, der ihnen qua Begriff schon einen Mangel zuschreibt (www.childfree.net). Gesellschaftliche Diskurse und Zuschreibungen lassen sich auch am Beispiel der Synonyme für kinderlos verdeutlichen, beispielsweise gibt das Schreibprogramm Word (Word 2000) als Synonyme für kinderlos „unfruchtbar“ und „einsam“ an. Der Begriff kinderlos wird deshalb im Folgenden nicht verwendet.
- 3 Dafür wurden im Jahre 2003 1.257 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der 18- bis 44jährigen im gesamten Bundesgebiet durchgeführt, wobei Baden-Württemberg, dessen Staatsministerium die Studie in Auftrag gegeben hatte, überproportional berücksichtigt wurde.
- 4 Weniger bekannt ist übrigens, dass der höchste Anteil der Männer ohne Kinder bei den niedrig qualifizierten Männern liegt.
- 5 Auch nicht systematisch aufgegriffen werden die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. So sind z.B. die hoch qualifizierten Frauen ohne Kinder ein typisch westdeutsches Phänomen (vgl. Wirth/Dümmler 2004).

Literatur

- Bommsdorf, Eckart/Babel, Bernhard, 2005: „Wie viel Fertilität und Migration braucht Deutschland?“ *Wirtschaftsdienst*. 85. Jg. H. 6, 387-394.
- BIB, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt, 2005: *Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland*. Wiesbaden. www.bib-demographie.de
- BMFSFJ, 2005: *Perspektive für eine nachhaltige Familienpolitik*. Ergebnisse des Gutachtens von Prof. Dr. Eckart Bommsdorf. Berlin (Kurzfassung 6 Seiten). www.bmfsfj.de
- BMI, 2005: Pressemitteilung vom 2.5.2005.
- Institut für Demoskopie Allensbach, 2004: *Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung*. Allensbach.
- Schmitt, Christian/Winkelmann, Ulrike, 2005: *Wer bleibt kinderlos? Sozialstrukturelle Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen und Männern*. DIW Discussion Papers 473. Berlin.
- Statistisches Bundesamt, 2004: Fachserie 1, Reihe 1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit.
- Wirth, Heike/Dümmler, Kerstin, 2004: „Zunehmende Tendenz zu späten Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen“. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*. Ausgabe 32, 1-6.